Deutsche Wirtschaft setzt ihren Aufschwung fort

Deutsche Wirtschaft setzt ihren Aufschwung fort

Nach magerem Plus im vergangenen Jahr steigt das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2014 um 1,8 Prozent - Privater Verbrauch kurbelt Binnenwirtschaft an - Exporte gewinnen dank leicht anziehender Weltkonjunktur etwas an Fahrt - Öffentliche Haushalte in diesem Jahr im Minus
Die deutsche Wirtschaft hat wieder Fahrt aufgenommen: Um 1,8 Prozent wird das Bruttoinlandsprodukt dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) zufolge in diesem Jahr steigen. Im kommenden Jahr ist mit 2,1 Prozent sogar ein noch größeres Plus zu erwarten. Das geht aus den Frühjahrsgrundlinien 2014 des DIW Berlin hervor. Vor allem die Binnenwirtschaft entwickelt sich günstig: Die gute Arbeitsmarktlage, steigende Löhne und die niedrige Teuerung regen den Konsum an. Mehr und mehr dürften sich auch die Investitionen beleben - vor allem, weil auch die Exporte in einem sich weltweit aufhellenden konjunkturellen Umfeld an Schwung gewinnen. Die öffentlichen Haushalte dürften in diesem Jahr mit einem leichten Defizit abschließen, was an einem gelockerten Ausgabenkurs liegt.
Industrieländer führen globalen Aufschwung an
Die weltwirtschaftliche Entwicklung hat sich im Winterhalbjahr etwas ge-dämpft entwickelt. Die Industrieländer konnten ihr Expansionstempo insgesamt nahezu halten. In den USA hat die Wirtschaft zuletzt Fahrt aufgenommen, auch wenn wegen des harten Winters der Jahresauftakt schwach ausgefallen sein dürfte. Auch im Euroraum hat sich die Wirtschaft weiter erholt und folgt einem verhaltenen Aufwärtstrend; sogar die Krisenländer lassen die Rezession allmählich hinter sich. Trotzdem ist wegen der insgesamt schwierigen Arbeitsmarktsituation und der anhaltend hohen öffentlichen und privaten Verschuldung im Euroraum lediglich mit einem Wachstum von 1,2 Prozent im laufenden und 1,5 Prozent im kommenden Jahr zu rechnen. In den Schwellenländern hat der Aufschwung zuletzt an Dynamik eingebüßt, auch weil sich wegen erneuter Unsicherheit an den Kapitalmärkten die Finanzierungsbedingungen für diese Länder verschlechtert haben.
Die Geldpolitik dürfte in den kommenden zwei Jahren weltweit weiterhin sehr expansiv bleiben. Auch die Finanzpolitik wird einen etwas weniger restriktiven Kurs einschlagen. Insgesamt dürfte sich das Wachstumstempo der Weltwirtschaft im weiteren Verlauf daher wieder beschleunigen. Für 2014 erwarten die DIW-Forscher eine Steigerung der Wirtschaftsleistung um 3,8 Prozent, für 2015 um vier Prozent - sofern sich die Finanzierungsbedingungen für die Schwellenländer nicht weiter verschlechtern und der politische Konflikt zwischen der Ukraine und Russland keine schwerwiegenden ökonomischen Folgen hat, beispielsweise wegen steigender Rohstoffpreise oder Handelsbeschränkungen.
Arbeitslosigkeit in Deutschland sinkt - Leistungsbilanzsaldo fast acht Prozent
Die deutsche Wirtschaft setzt ihren Aufschwung fort. Dies liegt auch am privaten Verbrauch, der die Wirtschaft weiter ankurbelt. Die privaten Haushalte profitieren von der anhaltend guten Arbeitsmarktlage: Immer mehr Menschen sind erwerbstätig; bis 2015 wird die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zu 2013 weiter steigen - um 360.000 Personen auf knapp 42,2 Millionen. Dabei dürfte die Einführung des allgemeinen Mindestlohns und der "Rente mit 63" die Beschäftigungsdynamik aber etwas dämpfen. Die Arbeitslosenzahl wird bis auf 2,83 Millionen im Jahr 2015 sinken und liegt damit durchweg unter der Drei-Millionen-Marke. Auch die Entwicklung der Verbraucherpreise stützt den privaten Konsum: Mit 1,5 Prozent in diesem und 1,7 Prozent im nächsten Jahr bleibt die Inflation niedrig. So macht sich der Pro-Kopf-Lohn-Anstieg von 2,2 Prozent in diesem und drei Prozent im nächsten Jahr deutlich kaufkraftsteigernd bemerkbar.
Eine wichtige Säule der deutschen Wirtschaft bleiben die Exporte, die dank der anziehenden Weltkonjunktur weiter steigen werden. Auch der Euroraum wird wieder mehr zur Auslandsnachfrage für die deutsche Wirtschaft beitragen. Für die Importe erwartet das DIW Berlin eine etwas stärkere Ausweitung als für die Exporte. Trotzdem geht der Leistungsbilanzsaldo kaum zurück; er dürfte in diesem und im nächsten Jahr bei knapp acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen und damit deutlich über der Sechs-Prozent-Marke, die von der Europäischen Kommission als stabilitätskonform gewertet wird.
Rentenbeschlüsse der Bundesregierung belasten Haushalte
Die öffentlichen Haushalte haben im vergangenen Jahr erneut mit einem Überschuss abgeschlossen. Im laufenden Jahr dürfte sich jedoch ein - wenn auch geringes - Defizit ergeben. Zwar expandieren die Staatseinnahmen weiter merklich und Steuern und Sozialbeiträge legen kräftig zu. Doch die Ausgaben steigen noch schneller. Hier schlagen sich vor allem die Leistungserweiterungen in der Rentenversicherung - insbesondere die Mütterrente und die abschlagsfreie Rente mit 63 - nieder. Aber auch die Arbeitnehmerentgelte und Vorleistungskäufe werden ausgeweitet. Unter der Annahme, dass nicht noch weitere Mehrausgaben beschlossen werden, dürfte der öffentliche Gesamthaushalt im kommenden Jahr wieder mit einem Überschuss abschließen.
KURZ GESAGT
Marcel Fratzscher (Präsident des DIW Berlin): "Nach einem mauen Wachstum im Jahr 2013 steht die deutsche Wirtschaft nun wieder vor Stei-gerungsraten des Bruttoinlandsprodukts von etwa zwei Prozent. Vor allem die gute Arbeitsmarktsituation stützt die Nachfrage, weil die Menschen in Deutschland wieder mehr Geld in der Tasche haben. Positiv ist auch, dass die Investitionen in diesem und im kommenden Jahr um jeweils knapp fünf Prozent steigen werden. Angesichts des immensen Nachholbedarfs ist das aber noch immer zu wenig. Die Leistungsbilanzüberschüsse werden dieses Jahr auf ein neues Rekordhoch von fast acht Prozent steigen. Dies wird Deutschland in Europa und der Welt noch stärker unter Druck setzen."
Ferdinand Fichtner (Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik): "Nachdem die Weltwirtschaft am Ende des vergangenen Jahres in ein kleines Loch gefallen ist, sollte es nun kontinuierlich aufwärts gehen. Vor allem die Industrieländer leisten wieder konstant ihren Beitrag, 2014 und 2015 sollte das Bruttoinlandsprodukt um jeweils mehr als zwei Prozent steigen können. Doch es lauern auch Gefahren: Sollten sich die Turbulenzen auf den Finanzmärkten der Schwellenländer oder der politische Streit zwischen der Ukraine und Russland verschärfen, drohen Rückschläge - und das könnte sich auch in den deutschen Exporten bemerkbar machen."
Simon Junker (Deutschlandexperte): "Die Zahl der Erwerbstätigen steigt weiter und trotz des zunehmenden Erwerbspersonenpotenzials wird auch die Zahl der Arbeitslosen sinken. Der gesetzliche Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro, der Anfang 2015 eingeführt werden soll, birgt jedoch die Gefahr, dass Arbeitsplätze verloren gehen."
Kristina van Deuverden (Finanzexpertin): "Der gelockerte Ausgabenkurs der Bundesregierung schlägt sich in den öffentlichen Haushalten nieder. Nachdem in den vergangenen beiden Jahren mühsam Überschüsse erarbeitet wurden, droht in diesem Jahr ein - wenn auch geringes - Minus. Die Finanzlage dürfte dennoch relativ entspannt bleiben. Nur wenn keine weiteren zusätzlichen Ausgaben beschlossen werden, können für 2015 wieder schwarze Zahlen erwartet werden."

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: +49 030/897 89 0
Telefax: +49 (030) 897 89-200
Mail: postmaster@diw.de
URL: http://www.diw.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=559489" width="1" height="1">

Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

diw.de
postmaster@diw.de

Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

diw.de
postmaster@diw.de

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.